

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	1
1.	Propaganda und das Völkerstrafrecht	2
2.	Das Konzept der Anreizung und die Gewährleistung der Meinungsfreiheit im Völkerrecht	11
3.	Untersuchungsgegenstand	13
II.	Der völkerrechtliche Status von Aggressions- und Völkermordpropaganda zur Zeit des Völkerbunds	15
1.	Völkerrechtliche Anknüpfungspunkte in der Zeit vor und nach Ende des Ersten Weltkriegs	16
2.	Der Briand-Kellogg-Pakt als erster Ansatz für ein völkerrechtliches Verbot von Aggressionspropaganda?	18
3.	Der Ansatz eines Verbots von Aggressionspropaganda durch die Rundfunkfriedenskonvention	20
4.	Fazit	23
III.	Völkerstrafrechtlich relevante Propaganda und der IMG	25
1.	Möglichkeit der Subsumtion von Propaganda unter die Tatbestände des IMG-Statut	26
2.	Aussagen des allgemeinen Urteils bezüglich der Strafbarkeit von Propaganda	28
3.	Streicher – „Der Stürmer“	34
4.	Fritzsche – „Hier spricht Hans Fritzsche“	42
5.	Rosenberg – Der Mythos des 20. Jahrhunderts	47
6.	Fazit	49
IV.	Völkerstrafrechtlich relevante Propaganda und das KRG 10	51
1.	Möglichkeit der Subsumtion von Propaganda unter die Tatbestände des KRG 10	52

2.	Propaganda als Verbrechen gegen die Menschlichkeit in <i>United States v. von Weizsäcker et al.</i>	53
3.	Die Prozesse gegen Harlan – „Jud Süß“	61
4.	Fazit	65
V.	Die Auslegung von Art. III lit. c Völkermordkonvention	69
1.	Die Völkermordkonvention im Überblick	70
2.	Die Entstehungsgeschichte von Art. III lit. c Völkermordkonvention im Überblick	71
3.	Antworten auf die Kausalitätsfrage	74
4.	Diskussion um das Tatbestandsmerkmal „unmittelbar“	77
5.	Diskussion um das Tatbestandsmerkmal „öffentliche“	80
6.	Die subjektive Tatseite	81
7.	Fazit	83
VI.	Der Stellenwert von Aggressions- und Völkermordpropaganda in den wichtigsten Rechtsinstrumenten der Vereinten Nationen	85
1.	Ächtung der Aggressionspropaganda durch die VN-Charta	86
2.	Ächtung von Aggressions- und Völkermordpropaganda durch Artt. 19, 29 AEMR	89
3.	Die Tatbestände des Art. 20 Abs. 1 und 2 IPBPR	90
4.	Der Tatbestand des Aufreizes zur Gewalttätigkeit in Art. 4 lit. a Rassendiskriminierungskonvention	95
5.	Fazit	98
VII.	Die Auslegung von Art. 4 Abs. 3 lit. c JStGH-Statut	101
1.	Art. 4 Abs. 3 lit. c JStGH-Statut im Gefüge des Statuts	102
2.	Der Unterschied zwischen der Anreizung gemäß Art. 4 Abs. 3 lit. c JStGH-Statut und der Anstiftung gemäß Art. 7 Abs. 1 JStGH-Statut	103
3.	Tadić und Kordić – Hasspropaganda als Verfolgung	105

4. Fazit	108
VIII. Die Auslegung von Art. 2 Abs. 3 lit. c RStGH-Statut	111
1. Art. 2 Abs. 3 lit. c RStGH-Statut im Gefüge des Statuts	111
2. Akayesu – Die Rede des Bürgermeisters	113
3. Kambanda, Ruggiu und Serugendo – Radiostimmen	120
4. Nahimana et al. – Der „Media Trial“	125
5. Bikindi – Die Musik zum Völkermord?	148
6. Kalimanzira, Ngirabatware etc. – Politische Völkermordreden	155
7. Fazit	172
IX. Die Auslegung von Art. 25 Abs. 3 lit. e IStGH-Statut	179
1. Das Konzept der Anreizung in der Entwurfsgeschichte des IStGH-Statut	180
2. Die Normierung der Anreizung zum Völkermord innerhalb des IStGH-Statut	196
3. Antworten auf die Kausalitätsfrage	199
4. Das Tatbestandsmerkmal „unmittelbar“	202
5. Das Tatbestandsmerkmal „öffentlich“	204
6. Die subjektive Tatseite	206
7. Fazit	208
X. Schlussbemerkungen	211
1. Die Anreizung zum Völkermord als Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts	211
2. Der Prototyp des Anreizer	213
3. Der Kausalzusammenhang zwischen der Anreizung und einer eventuell vorliegenden Völkermordhandlung	214
4. Das Merkmal „unmittelbar“ als unverzichtbare Restriktion des Tatbestands und dessen Auslegung	216

5. Das Merkmal „öffentlich“ als unverzichtbare Restriktion des Tatbestands und dessen Auslegung	220
6. Das ungeschriebene subjektive Tatbestandsmerkmal der Völkermordabsicht	223
7. Die Anwendbarkeit des Konzepts der Anreizung auf den Tatbestand der Aggression	224
Literaturverzeichnis	227
Primärquellen	260